

28. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 4. Mai 2006

Präsidentin Regina van Dinter:

Dann kommen wir zu **Einzelplan 04:**

Justizministerium

Ich erteile Herrn Sichau von der SPD-Fraktion das Wort.

Frank Sichau^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum krönenden Abschluss die Rechtspolitik mit dem Einzelplan 04. – Mitarbeitende in der Justiz sind besonders wichtig, auch wenn sie im „Unterausschuss Personal“ ressortieren und der Rechtsausschuss lediglich indirekt befasst ist.

Sie haben vor der Wahl Zusagen dergestalt gemacht, dass Sie die kw-Vermerke im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich streichen werden sowie andere Bereiche personell aufstocken wollen. Ich stelle hier und heute fest: Diese Zusage haben Sie ebenfalls gebrochen, was für Kundige vorauszusehen war. Da hilft auch kein Gejammer über die stets bekannte Haushaltssituation. Das zur Koalition der wahrhaften Zusagen!

Wir haben fünf Änderungsanträge gestellt. Ich will nicht auf alle eingehen, weil die Zeit schon fortgeschritten ist und wir bekanntlich anderthalb Stunden im Zeitplan zurückliegen.

Sie haben die Haftvermeidung in Aachen in der Diskussion im Rechtsausschuss angesprochen. Wir haben dazu den Antrag gestellt, und Sie haben gesagt, dass diese Haftvermeidung erfolglos war. Ich kann hier feststellen, dass die Voraussetzungen für die Arbeit dort gerade erst geschaffen worden sind und dass Ihr Vorhalt der sachlichen Richtigkeit entbehrt.

Lassen Sie mich auch etwas zum Täter-Opfer-Ausgleich sagen. Wir fordern differenzierte und faire Pauschalen. Es kann nicht sein, dass es sozusagen nur eine Fallpauschale gibt. Ihr Kollege Laumann, Frau Müller-Piepenkötter, würde Sie

auslachen, wenn es in Analogie dazu für Krankheit nur eine Fallpauschale geben würde.

(Beifall von der SPD)

Ich fürchte, es wird ein Sterben der TOA-Stellen einsetzen, und Sie nehmen das sehenden Auges in Kauf. Eine Alternative dazu ist die Aufstockung der Gerichtshilfe, die allerdings weniger wirtschaftlich ist.

Ich komme, um etwas Zeit zu sparen -so hoffe ich zumindest – zu den sogenannten Drogenfachkräften. Wir haben vorgeschlagen, sie im Einzelplan 04 zu veranschlagen. Durch Ihre Kürzung auf sage und schreibe sieben Kräfte für insgesamt 38 Justizvollzugsanstalten und 100.000 € gefährden Sie die zielführende Beratung von Suchtkranken zum Zweck der stationären Entwöhnungsbehandlung.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus werden Sie bald mehr teure Haftplätze brauchen – ca. 600 – und damit weit mehr ausgeben, als für die in Rede stehenden ca. 25 Fachkräfte.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Damit bekommen Sie noch nicht einmal den Pfortendienst in zwei zusätzlichen JVA zusammen.

Uns ist eine solche kurzsichtige Politik völlig unverständlich, zumal 35 % der Gefangenen drogenabhängig sind. Betroffen sind davon weitgehend Jugendliche und junge Erwachsene, für die Sie angeblich verstärkt etwas tun wollen.

Hier kann erfolgreich etwas getan werden, wahrscheinlich im Unterschied zu Jungtäterabteilungen, deren Profil immer noch nicht – und das nach mehreren Beratungen – klar ist, oder mit verbindlichen Elternempfehlungen, die in Ihrem spezifischen Antrag zwar in der Überschrift genannt, jedoch explizit im Antrag selbst nicht vorkommen.

Es ist plausibel, dass wir dem konservativ neoliberalen Justizhaushalt ohne Veränderungen nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sichau.